

Sozialethiker Hengsbach

Chance eines Neuanfangs vertan

VON FRIEDHELM HENGSBACH

Friedhelm Hengsbach
(Foto: Kumpfmüller)

Wenn der Wettbewerb ruinös wird, öffentliche Güter fehlen, die Zahl der Armen und Arbeitslosen für Unruhe sorgt und die Finanzmärkte kollabieren, ist der Ruf nach dem Staat üblich. Dies ist ordoliberalen Ökonomen vertraut. Der Staat soll drauf reagieren - allerdings nicht punktuell intervenierend, sondern regulierend, ordnend. Angesichts der aktuellen Turbulenzen, die Wertpapiermärkte und Investmentbanken verursacht haben, könnten die Konturen einer globalen politischen Finanzarchitektur so aussehen:

Formal halte ich vier politische Vorentscheidungen für grundlegend:

Die globalen Finanzmärkte sind erstens wie die Güter- und Arbeitsmärkte ein gesellschaftliches, kulturelles Geschehen, von Menschen geschaffen und gesellschaftlich eingebettet, den Normen der Gerechtigkeit und Fairness unterworfen.

Zweitens sind das Geld, die Geldversorgung und die Geldwertstabilität keine Waren wie Autos, Kühlschränke oder Bahnreisen. Die Stabilität der monetären Sphäre und das Bankensystem sind ein öffentliches Gut, mehr als die Summe der Kalkulation von Renditen und Risiken in angeblich privaten Finanzunternehmen. Folglich untersteht auch die internationale Finanzwirtschaft dem öffentlichen Mandat, das Wohl und die Lebensqualität der Weltbevölkerung, vor allem der Armen zu mehren.

Politische Interventionen sollten drittens nicht derart umtriebiger sein, wie es für die Händler an den Wertpapierbörsen typisch ist, und sich vor kurzatmigen, übertriebenen und spektakulären Reaktionen in Acht nehmen.

Viertens passt ein isoliertes Vorgehen nationaler Regierungen nicht zur globalen Vernetzung der Finanzunternehmen und ihrer Geschäftsbeziehungen. Nur eine Kooperation der nationalen Regierungen innerhalb der Währungsräume und auf der globalen Bühne gewährleisten eine solide Finanzarchitektur.

Inhaltlich sehe ich sechs Bausteine einer Kooperation nationaler Regierungen beim Aufbau einer politischen globalen Finanzarchitektur als vordringlich an. Sie sind den Reformvorschlägen des Forums für Finanzmarktstabilität nachgebildet, die nach der Asienkrise 1997 präsentiert wurden.

Erstens sind alle Finanzunternehmen in eine supra- bzw. internationale öffentliche Aufsicht und Kontrolle einzubeziehen, also neben den Banken auch Versicherungen, Kapitalbeteiligungsgesellschaften sowie Investment- und Kursicherungsfonds. Selbst Ratingagenturen sollten in eine öffentlich-private Kooperation eingebunden werden.

Dass Banken Zweckgesellschaften ausgründen, um deren Geschäfte der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle zu entziehen, ist nicht tragbar. Analog einer verbindlichen Mindestausstattung mit Eigenkapital sollten Finanzunternehmen verpflichtet werden, einen Mindestanteil an verbrieften Krediten im eigenen Portfolio zu halten.

Der Autor

Friedhelm Hengsbach, Sozialethiker und Jesuit, leitete von 1992 bis 2006 das Nell-Breuning- Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt. Er erforscht u.a. die demokratische Verteilung von Reichtum und Arbeit.

In unserer Debatte

kommentieren Prominente aus Politik, Wirtschaft und Kultur die Finanzkrise. Bislang kamen zu Wort: der **Ex-Daimler-Chef Edzard Reuter**, der chinesische **Ökonom Ding Xueliang** und der Schweizer **Soziologe Jean Ziegler**.

Zweitens sind alle Finanzgeschäfte, also neben den bilanzierten auch solche, die im Schatten ausgewiesener Bilanzen versteckt sind, einer solchen öffentlichen Aufsicht und Kontrolle zu unterwerfen. Die angeblich innovativen Finanzdienste sind in einer Positivliste zu erfassen und einer öffentlichen Prüfung zu unterziehen. Spekulative Finanzgeschäfte, die darauf abzielen, Kursschwankungen zum eigenen Vorteil auszunutzen, in der Wirkung diese jedoch ausgleichen, sind nicht verwerflich.

Aber wenn sie keine solche positive gesamtwirtschaftliche Wirkung erzielen, sondern vielmehr diese Kursschwankungen erst auslösen und verstärken, um den eigenen Vorteil zu steigern, sind sie zu untersagen. Eine wirksame Regelung innovativer Finanzdienste scheitert, wenn die Balance zwischen öffentlicher Kontrolle und privater Selbststeuerung verloren geht, und sobald ein Wettrennen einsetzt zwischen den öffentlichen Einrichtungen, die von außen zu regeln befugt sind, und den privaten Unternehmen, die ihre selbst gesetzten Grenzmarken zu überschreiten suchen.

Drittens sind alle Plätze, an denen grenzüberschreitende Finanzunternehmen operieren, der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle zu unterwerfen oder ganz zu schließen, das sind die bisher freien Bankzonen, die sich häufig als Geldwaschanlagen herausgestellt haben. Finanzunternehmen, die Steuerflüchtigen Anlagemöglichkeiten bieten, sind international zu sanktionieren.

Viertens sollten alle kurzfristigen und spekulativen Kapitalströme mit einer Steuer (Tobin-Steuer) belegt werden, um das Tempo der Finanztransaktionen zu entschleunigen bzw. den Handel mit Wertpapieren wie den mit Gütern zu belasten, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren. Auch die asymmetrischen Vergütungsnormen der Finanzmanager sind zu korrigieren, die derzeit so angelegt sind, dass sie kurzfristige Gewinnchancen ohne Verlustrisiken bieten.

Fünftens ist der nachhaltigen Rückkopplung der finanz- und güterwirtschaftlichen Sphäre eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die global und regional weit geöffnete Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung sollte durch eine solidarische Tarif- und Sozialpolitik geschlossen werden. Ebenso sollten die strukturell verfestigten Zahlungsbilanzungleichgewichte, die sich häufig in asymmetrischen Spannungen entladen, abgebaut werden. Sechstens ist eine demokratische Aneignung des Finanzkapitalismus national durch eine Beteiligung abhängig Beschäftigter an den Entscheidungen in den Finanzunternehmen, international durch die Beteiligung aufstrebender Schwellenländer an den Beratungen und Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds und der Bank für internationalen Zahlungsausgleich anzustreben.

Graswurzelbewegungen plädieren darüber hinaus für eine Integration der Entwicklungsländer "von unten her" in die internationale Finanzwirtschaft. Sie treten dafür ein, dass Mikrobanken, die sich am Grundsatz kollektiver Selbsthilfe und Ortsbindung orientieren, zinsgünstige Kredite an kleine und mittlere Unternehmen vergeben, die auf lokalen Märkten anbieten, die Finanzströme in den Dienst der Güterströme stellen und die Kreditgeschäfte überschaubar halten.

Die Entwicklung eines Landes erfolgt in drei Stufen: Zunächst trägt ein Netzwerk von Unternehmen und Mikrobanken, eines realwirtschaftlichen und monetären Kreislaufs sowie kommunaler und unternehmerischer Akteure die wirtschaftliche Einbindung und politische Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten. Dem folgt der Aufbau eines nationalen Bankensystems einschließlich der Zentralbank.

Und schließlich ist die Öffnung der nationalen Kapitalmärkte zur internationalen Finanzwirtschaft die Krönung, nicht die Grundlage einer menschlich und sozial verträglichen Entwicklung.

Leider ist die Chance, eine solche Finanzarchitektur zu entwerfen, bereits vertan. Und zwar aus folgenden Gründen: Die nationalen Regierungen sind nicht die Lösung, sondern Teil der Krise. Die rot-grüne Koalition hat mit einer Reihe von Gesetzen den Umbau des deutschen Finanzstils in die nun beklagte destruktive Dynamik der Wertpapiermärkte mit verursacht.

Als Reaktion auf die aktuelle Krise hat die deutsche Regierung zunächst ein isoliertes Vorgehen bevorzugt. Dann hat sie die staatsgläubige Vorgehensweise der britischen Regierung, die dem

angelsächsischen Finanzstil entsprechen mag, kopiert. Und schließlich hat sie sich von den deutschen Finanzeliten erpressen, über den Tisch ziehen lassen. Das 500-Milliarden-Euro-Rettungspaket ist zusammen mit den Vorständen der privaten Mega-Banken, wohl ohne Beteiligung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, geschnürt worden. Die Brandstifter sitzen am Steuer des Löschzugs.

Außerdem ist das Rettungspaket extrem deutungs offen formuliert, die differenzierten Krisenherde - Wertpapiermärkte, Geldverkehr der Privatbanken, Investmentgeschäft und Position der Girozentralen - bleiben unter den gigantischen Geldsummen versteckt. Unter dem Vorwand, dass jetzt die Stunde der Pragmatik schlage und nicht der Ordnungsentwürfe, werden Aufputzmittel zubereitet, die den Finanzeliten Mut machen, ihre Geschäftspraxis der Verteilung privater Gewinne und öffentlicher Verluste fortzusetzen, während das Parlament in die Zuschauerrolle abgedrängt ist.

Ich würde mir ein anders Krisenmanagement wünschen. Denn bevor die Kanzlerin dazu kommt, den Ordnungsrahmen zu zimmern, jubelt die Börse längst: Der Finanzkapitalismus ist tot. Es lebe der Finanzkapitalismus!

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 21.10.2008 um 16:36:02 Uhr
Letzte Änderung am 22.10.2008 um 13:20:31 Uhr
Erscheinungsdatum 22.10.2008

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1616942&em_loc=1231